

PRESSEMITTEILUNG

Pflegebedarf

Realitätscheck für die Politik

Die Gesellschaft wird immer älter, damit steigt auch die Zahl der pflegebedürftigen Menschen. Doch während über die steigenden Kosten und den Bedarf an Pflegekräften diskutiert wird, fällt ein Thema unter den Tisch: Wie steht es eigentlich um die erforderliche Pflegeinfrastruktur? Nicht gut, wie eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) zeigt.

2,6 Millionen Menschen waren 2013 in Deutschland pflegebedürftig, diese Zahl dürfte nach IW-Schätzungen bis zum Jahr 2030 um bis zu 828.000 steigen. Bundesweit müssen dafür bis zu 220.000 Plätze mehr in Pflegeheimen geschaffen werden. Die Bundesländer sind auf diesen Trend unterschiedlich vorbereitet: Nordrhein-Westfalen etwa muss fast 48.000 zusätzliche Pflegeplätze schaffen, in Bayern sind es knapp 23.000, in Baden-Württemberg 29.000. Einzig das Saarland müsste bei einer höheren Auslastung der bereits vorhandenen Pflegeheime kaum nachrüsten – hier fehlen nur etwa 1.000 Plätze.

Die Politik setzt derzeit auf mehr ambulante Pflege, insbesondere durch Angehörige und Ehrenamtliche. Realistisch ist das nicht, warnt IW-Forscher Jochen Pimpertz: „Bislang fehlen empirische Beweise dafür, dass die familiäre oder nachbarschaftliche Pflege steigt.“ Bundesweit gibt es eher einen Trend hin zu mehr professioneller Pflege. Zudem spielen gesellschaftliche Entwicklungen eine Rolle: Die Zahl der Single-Haushalte steigt, genau wie die Gruppe der Kinderlosen. Partner und Kinder fallen damit immer häufiger als potenzielle Pfleger weg. Auch ist nicht absehbar, wie sich die steigende Erwerbstätigkeit von Frauen auf die Pflegebereitschaft auswirkt. Bislang übernehmen vor allem Töchter, Schwestern und Schwiegertöchter die Pflege, was sich allein rein zeitlich meist nicht mit einem Job vereinbaren lässt.


„Die Politik muss der Realität ins Auge sehen und schnell reagieren“, sagt Pimpertz. „Denn der notwendige Ausbau der Infrastruktur braucht Zeit.“ Dabei sollten die Länder keine Versorgungsart bevorzugen, sondern Investitionen in alle Bereiche attraktiv machen.

Susanna Kochskämper / Jochen Pimpertz: Herausforderungen an die Pflegeinfrastruktur, in [IW-Trends 3/2015](#)

Ansprechpartner im IW: **Dr. Susanna Kochskämper, 0221 4981-887; Dr. Jochen Pimpertz, 0221 4981-760**

**iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.**

Höchste Zeit, aktiv zu werden

Pflege-Infrastruktur. Aufgrund der alternden Bevölkerung müssen die Weichen für eine geeignete Pflege-Infrastruktur möglichst schnell gestellt werden. Nach IW-Berechnungen braucht Deutschland bis 2030 allein in der stationären Dauerpflege bis zu 220.000 zusätzliche Plätze. Dabei stehen die einzelnen Bundesländer aufgrund ihrer spezifischen Bevölkerungsentwicklung und ihrer bisherigen Ausstattung vor unterschiedlichen Herausforderungen. 

Bundesweit waren im Jahr 2013 insgesamt 2,6 Millionen Menschen offiziell pflegebedürftig. Hinzu kamen weitere 109.000 Menschen, die zwar körperlich fit waren, aber auch Hilfe benötigten – beispielsweise aufgrund einer Demenz.

Der Pflegebedarf ist jedoch regional sehr unterschiedlich ausgeprägt. Logischerweise gibt es in bevölkerungsreichen Bundesländern absolut mehr Pflegefälle als anderswo. Der Anteil der Pflegefälle an der jeweiligen Bevölkerung variiert aber deutlich. So weisen vor allem die ostdeutschen Flächenländer erhöhte Pflegequoten auf. In Brandenburg zum Beispiel sind 4,4 Prozent der Menschen pflegebedürftig – in Bayern dagegen nur 2,7 Prozent.

Seniorinnen öfter pflegebedürftig

Die höheren Pflegequoten im Osten erklären sich zum einen durch die ältere Bevölkerung, zum anderen durch den höheren Frauenanteil. Denn Seniorinnen sind häufiger pflegebedürftig als gleichaltrige Männer.

Auch der Anteil der Pflegebedürftigen an allen Personen der jeweiligen Altersgruppe ist im Osten höher – in der Gruppe der 85- bis 89-jährigen Frauen liegt er in Mecklenburg-Vorpommern bei 56 Prozent, in Bayern hingegen lediglich bei 37 Prozent. Dafür könnten medizinische Gründe oder Unter-

schiede in der Begutachtungspraxis verantwortlich sein. Genauer weiß man aber nicht.

Grundsätzlich wird in den kommenden Jahrzehnten die Zahl der Pflegefälle in allen Bundesländern deutlich zunehmen – denn überall altert die Bevölkerung. Allerdings verläuft auch dieser Trend in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich. In Berlin beispielsweise steigt die Zahl der Pflegebedürftigen von 2013 bis 2030 um 44 Prozent auf knapp 170.000. Das Saarland indes scheint relativ günstig durch den demografischen Wandel zu steuern – dort steigt die Zahl der Pflegefälle nur um 21 Prozent auf 43.000.

Diese Zuwachsraten – wie auch die folgenden Angaben – basieren auf der Annahme, dass sich die Wahrscheinlichkeit, zum Pflegefall zu werden, künftig weder durch den medizinischen Fortschritt noch durch die Lebensweise ändert.

Mehr Hochbetagte

Auch nach 2030 steigt nach IW-Berechnungen die Zahl der Pflegefälle weiter an, weil die geburtenstarken Jahrgänge nach und nach die Altersgruppe der Hochbetagten mit besonders hohem Pflegefallrisiko erreichen. Demnach muss bis 2050 über alle Bundesländer hinweg mit bis zu 1,9 Millionen zusätzlichen Pflegefällen gerechnet werden.

Die Anforderungen an die Pflege-Infrastruktur werden also mittel- und langfristig steigen. Für die künftige Nachfrage nach professioneller Pflege ist die Entwicklung des sogenannten informellen – also nicht professionellen – Pflegesektors wichtig. Denn häusliche Pflege lässt sich nur dann realisieren, wenn Angehörige zumindest teilweise Pflege- und/oder Betreuungsleistungen übernehmen. Selbst Pflegebedürftige, die ambulante Pflegedienste beanspruchen, sind oftmals auf die ergänzende Unterstützung der Angehörigen angewiesen.

Ob jedoch in Zukunft informelle Pflege im gleichen Umfang geleistet werden kann wie heute, ist unsicher: Zum einen steigt die Zahl der Singles. Und diesen Menschen fehlt im Alter ein Partner, der die Pflege übernehmen könnte.

Kinder fallen als Pfleger aus

Zum anderen wächst die Gruppe der Kinderlosen. Im Jahr 2012 lag der Anteil der Frauen ohne Kinder in der Gruppe der 65- bis 75-Jährigen bei 12 Prozent, in der Gruppe der 45- bis 54-Jährigen sogar schon bei 19 Prozent. In Zukunft kann daher eine größere Gruppe von Älteren im Pflegefall nicht mehr auf die Hilfe der eigenen Kinder hoffen.

Abermals sind Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sowie zwischen Stadt- und Flächenstaaten erkennbar. Lag der Anteil kinderloser Frauen in der Gruppe der 45- bis 54-Jährigen im Jahr 2012 in Bremen bei einem Drittel, betrug er in Sachsen nur gut 8 Prozent.

Eines ist sicher: Weniger informelle Pflege würde die Nachfrage nach

stationären und ambulanten Leistungen professioneller Anbieter zusätzlich erhöhen. Wie sich beide Bereiche entwickeln werden, hat das IW Köln überschlägig berechnet – und dabei berücksichtigt, wie Pflegeheime bislang ausgelastet sind:

- In der **stationären Dauerpflege** ergibt sich bis 2030 ein zusätzlicher Bedarf von 220.000 Betten. Sollten künftige Rentnergenerationen allerdings gesünder leben, kann der Bedarf auf 180.000 Plätze sinken.

Wegen der unterschiedlichen Ausgangssituation in den einzelnen Bundesländern steigt auch der Bettenbedarf unterschiedlich stark an (Grafik). Sachsen-Anhalt müsste die Zahl der Pflegeplätze von 2013 bis 2030 um rund die Hälfte erhöhen, das Saarland nur um knapp 9 Prozent. Dort ist nicht nur die Altersstruktur günstiger, die derzeitigen Kapazitäten sind auch längst nicht so stark ausgelastet wie anderswo.

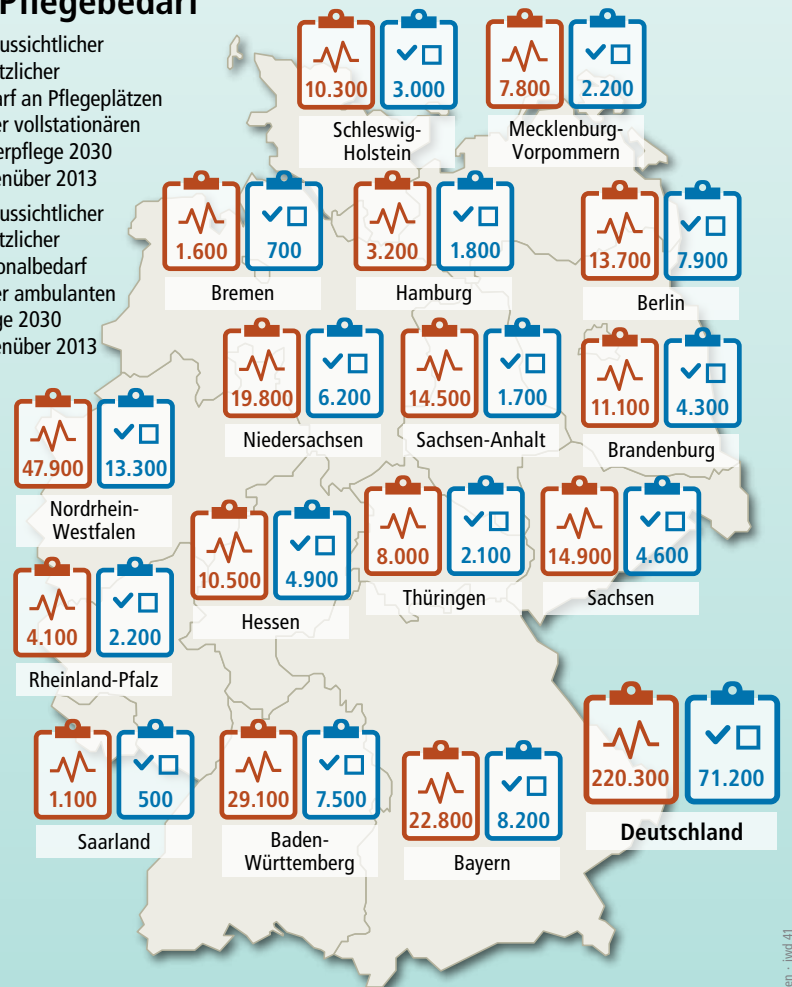
- Über den Bedarf an zusätzlicher **ambulanter Pflege** herrscht noch große Unsicherheit. Einerseits benötigen die ambulanten Pflegeeinrichtungen selbst mehr Hilfsmittel und Personal. Andererseits muss auch das private Wohnumfeld adäquat ausgerüstet werden. Die Datenlage, wie weit man hier schon ist, ist aber unzureichend.

Außerdem weiß niemand so recht, in welchem Umfang man die ambulante Pflege effizienter gestalten kann. Im Krankenhaussektor etwa werden jährliche Produktivitätsfortschritte von 0,4 Prozent erzielt.

Das IW Köln rechnet für die ambulante Pflege deshalb vorsichtig geschätzt bis zum Jahr 2030 mit

Der Pflegebedarf

- Voraussichtlicher zusätzlicher Bedarf an Pflegeplätzen in der vollstationären Dauerpflege 2030 gegenüber 2013
- Voraussichtlicher zusätzlicher Personalbedarf in der ambulanten Pflege 2030 gegenüber 2013



Berechnung der zusätzlich benötigten Pflegeheimplätze in der vollstationären Dauerpflege und des Personals in der ambulanten Pflege auf Basis der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung; Pflegepersonal umgerechnet in Vollzeitäquivalente; Annahmen: unveränderte altersspezifische Pflegefallwahrscheinlichkeiten, kein Produktivitätsfortschritt; Quellen: Statistisches Bundesamt, IW-Berechnungen

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iwv 41

einem zusätzlichen Personalbedarf von 71.000 Vollzeitkräften, wobei es wiederum große Unterschiede von Land zu Land gibt.

Vor diesem Hintergrund gilt es, die Weichen für den Pflegesektor insgesamt frühzeitig richtig zu stellen, denn der Ausbau der Infrastruktur braucht Zeit. Neben dem Kapitalbedarf ist unternehmerisches Engagement gefordert, um bedarfsgerechte Angebote zu entwickeln.

Damit der Prozess in Gang kommt, müssen die Bundesländer entsprechende Rahmenbedingungen setzen – und dabei nicht dem Regulierungswahn verfallen. Denn detaillierte Regeln bis hin zur Zimmerausstattung schrecken Investoren ab.

Insbesondere kleine und mittlere Betriebe sind mit einem hohen Verwaltungsaufwand überfordert.

In einigen Ländern werden die Anreize zurzeit allerdings zugunsten der ambulanten Pflege und zu Lasten der stationären Pflege gestärkt. Der Schuss könnte jedoch nach hinten losgehen, wenn Pflegebedürftige und ihre Familien, die auf Heimplätze angewiesen sind, kein entsprechendes Angebot vor Ort mehr vorfinden.

aus IW-Trends 3/2015

Susanna Kochskämper, Jochen Pimpertz:
Herausforderungen an die Pflegeinfrastruktur
iwkoeln.de/pflege